

Wöchentliches Anzeiger für Deubern und Umgegend



Abonnementpreis: Die halbjährlichen Kopierpreise 1.00.— W., Restausgabe 2.00.— W.

Abgabestellen in der Gegend dieses Blattes: Die Postämter sind die bestgeeigneten Stellen für den Verkauf und die Abgabe der Anzeigen. Die Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein. Einzelne Anzeigen werden zu besonderen Bedingungen angenommen.

Abonnementpreis: Das vierteljährliche Abonnement kostet 1.00.00 W., das halbjährliche 2.00.00 W., das jährliche 3.00.00 W.

Abgabeort: Die Anzeigen werden am besten am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein. Einzelne Anzeigen werden zu besonderen Bedingungen angenommen.

Abgabeort: Die Anzeigen werden am besten am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein. Einzelne Anzeigen werden zu besonderen Bedingungen angenommen.

Nr. 47

Dienstag, den 24. April 1923

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

Im Reichstag hat die Kommission der Reichsregierung über die Angelegenheiten der Ruhr am 22. April 1923 eine Sitzung abgehalten. Der Reichstag wurde über die Angelegenheiten der Ruhr am 22. April 1923 eine Sitzung abgehalten. Der Reichstag wurde über die Angelegenheiten der Ruhr am 22. April 1923 eine Sitzung abgehalten.

Die Marktspekulation

Der in Deutschland blühende Wucher am dem Lebensmittelmarkt hat sich gegenwärtig in den nicht seltenen Fällen der Spekulation in den letzten Tagen zeigen. Die Spekulation in den letzten Tagen zeigt, dass der Hunger nach Geld immer stärker zu werden beginnt und dass er in Zukunft mit den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Der Ueberfall den Spekulationen und Entente-Ausländer gegen den Stand der Reichsmark unternommen haben, legt die Frage nahe, ob sich solche Attentate häufiger wiederholen können, und die deutsche Weidmann immer in der Lage sein werde, diese Angriffe abzuwehren. Man darf dazu sagen: „Gebannt sind die Augen auf die Marktspekulation, welche die Milliardenhunger und ihre Spiegelbilder erlitten haben, sind immerhin so fertig gewesen, daß sie wissen, was sie künftig von der Weidmannschaft erwarten können.“

Die Vollenbung der Stabilisierung der Reichsmark wird selbstverständlich nicht auf dem reinen Markt zu erreichen sein, sondern nur durch die Hilfe der internationalen Goldmärkte. Das ist längst bekannt, und wir haben unser Augenmerk darauf zu richten, daß die Erreichung dieses Zieles nicht durch Quereingriffe gehindert wird.

Änderung der englischen Ruhrpolitik?

Lord Curzon fordert deutsche Vorläufe. Lord Curzon hat am Freitag im Oberhaus seine mit Spannung erwartete große politische Rede gehalten. Sie brachte in ihrem ersten Teil nicht nur Neues: Eine ausführliche Darstellung der bisherigen Entwicklung der Reparationsfrage und der Ruhrbesetzung sowie eine Beurteilung der bisherigen englischen Po-

litik der Nichtmischung in den Ruhrstreit. Er stellte fest, daß die Forderungen der englischen Voraussetzungen recht gegeben haben, daß die wirtschaftlichen Erfolge der französischen Ruhrpolitik nicht die aufeinanderfolgenden Anstrengungen und Ausgaben lohnen würden. „Inzwischen sind“, so fuhr Curzon fort, „von beiden Seiten verschiedene Erklärungen gefolgt. Nach den Erklärungen der französischen Minister scheint Frankreich eine Haltung unangenehm französischer Art zu wollen; Deutschland dagegen hat unvorsichtlich kundgetan und gezeigt, daß es eines wirksamen Überbandes fähig ist, was sowohl seine Gegner wie seine Freunde sehr überrascht hat. Die Diskussion hat nicht desto weniger die bedeutlichen Folgen angenommen, die man von verschiedenen Seiten beabsichtigt. Deutschland habe den harten Willen gezeigt, Verluste und Bereinigungen zu erdulden. Die Lage ist ohne Zweifel für Deutschland sehr bedenklich geworden. In seinen Rohmaterialienbeständen sind große Lücken entstanden, die Kosten der Produktion erhöhen sich zusehends, und es hat keine Gelegenheit zu ausreichendem Export. Die Spannungen am Devisenmarkt und die Unsicherheit der deutschen Mark sind allein schon vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet ein Punkt, der mit den schwerwiegendsten Bedenken erfüllt muß.“ Curzon wies dann auf die letzten Reichstagsdebatten hin, die beweisen hätten, daß die Regierung sich auf alle Parteien stütze, und daß der allgemeine Wille bestünde, den passiven Widerstand an der Ruhr fortzusetzen.

Gegen eine Intervention des Völkerbundes. Der von gewisser Seite gemachte Vorschlag, der Völkerbund möge intervenieren, muß mit der äußeren Befugnis betrachtet werden. Das Reparationsproblem ist vertragsmäßig an bestimmte Mächte gebunden; seine Lösung dem Völkerbunde anheimzugeben, heißt nicht nur die Verantwortung übertragen, die er nicht zu übernehmen imstande ist, sondern auch die kompliziertesten Schwierigkeiten hervorzurufen, die sogar zum Ende des Völkerbundes führen könnten. Ebenso fertige Curzon die Vorschläge der englischen Arbeiter-Studien-Kommission ab.

Was deren Vorschlag fordere, nämlich, mit beiden Seiten in Fühlung zu treten, um bei jeder neuen Entwicklung bei der Hand sein zu können, das alles habe die englische Regierung ja bis heute bereits getan. Aber er habe von französischer Seite keine anderen Erklärungen erhalten, als die, die in den Reden Poincaré und anderer französischer Staatsmänner enthalten seien.

Deutschland gegenüber jedoch habe er sich nicht des Bestehendes erwähnt, daß es einen bestimmten Schritt aus der Situation darstellte, wenn es ein Angebot mit der Versicherung seines Zahlungswillens mache, seine Zustimmung zu einer Festlegung seiner Verpflichtungen durch dazu eigene befristete Anstellungen abgibt und bestimmte Garantien für seine weiteren Zahlungen nachweist. Frankreich habe mehr als einmal seine Bereitschaft bekannt gegeben, ein derartiges Angebot anzunehmen. Sie müßten jetzt, oder später, dazu kommen, und es früher desto besser! Das ist der Rat, den ich der deutschen Regierung geben habe!

Curzon schloß mit der Bemerkung, wenn auch England noch auf seinem Zahlungsplan vom Januar beharre, doch nicht damit gesagt sei, daß es die Diskussion nicht noch einmal von neuem aufnehmen wolle. Er hoffe, daß eine Lösung nahe bevorstehe, und glaube nicht, daß die Tür bereits ganz geschlossen sei.

Die von Curzon erhobene Forderung eines deutschen Reparationsangebots kann nach den Kommentaren der englischen Presse zu der Hoffnungsrede nicht mehr übersehen. Man hatte schon daraus erfahren, daß England ein bestimmtes Angebot — von der deutschen Regierung erwartet hatte, und daß der englische Vorkauf der Ruhrarbeiten eine dahingehende Beeinflussung versucht hatte. Lord Curzon hat jetzt lediglich diesen englischen Wunsch mittels von der Weidmannschaft des Oberhauses ausgesprochen, allerdings ohne eine bestimmte Zahl zu nennen. Er ist damit aus der bisherigen Zurückhaltung herausgetreten, und hat damit zu erkennen gegeben, daß die bisherige englische Politik trotz der Verteilung, die Lord Curzon im ersten Teil seiner Rede widmete, doch nicht so ganz erledigt war, oder aber daß England jetzt den opportunistischen Moment gekommen glaubt, wo England als Mächtig auftreten kann. Ob als „ehelicher“, was dahingestellt bleiben. England ist mit Frankreich doch noch zu eng verbunden, als daß man von ihm eine wirkliche Unparteilichkeit erwarten sollte. Es scheint seine Aufgabe vielmehr lediglich darin zu liegen, Deutschland zu überreden, sich doch unter das andächtige Gesicht Frankreichs zu beugen, in dem es sich ohne jede positive Gegenleistung Frankreichs zu neuen unmöglichen Leistungen verpflichtet.

Deutsches Reich.

den 23. April 1923.

Die württembergischen „Kontrollratschiffe“ und Grenzschutzpatrouillen haben sich bereits in einer Reihe von Fällen Grenzübergänge angemahnt und schwere Ausfahrungen begangen. Deshalb veröffentlicht jetzt die Regierung eine amtliche Mitteilung, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die Grenzübergänge bei der Regierung liegen, und daß die Landespolizeibehörden angewiesen worden seien, gegen Ausfahrungen, Lebensgriffe und unangenehme Grenzübergänge der Kontrollratschiffe, Selbstschutzorganisationen usw. mit aller Energie vorzugehen. In England handelt es sich hierbei lediglich um Maßnahmen gegen kommunistische Gesellschaften.

Das Verbot der Deutschnationalen Partei durch die Regierungen von Preußen, Braunschweig und Thüringen beschäftigte den Staatsgerichtshof. Entgegen der Auffassung des Reichspräsidenten des Innern, daß es rechtlich wohl möglich sei, eine politische Partei aufzulösen und zu verbieten. Jedoch könnten davon die parlamentarischen Rechte der einzelnen Abgeordneten nicht berührt werden. Nach mehrwöchiger Verhandlung fällt der Staatsgerichtshof das Urteil: Das Verbot des Oberpräsidenten von Braunschweig vom 1. Juli 1922 sowie das Verbot des Reichspräsidenten von Berlin vom 8. und 22. Dezember 1922 wird aufgehoben. Hinsichtlich der Verbote der thüringischen und braunschweigischen Regierung muß den Regierungen in Braunschweig und Thüringen überlassen werden, bis zu einer neu anzubereitenden Verhandlung das Beweismaterial bekanntzugeben, da das bisherige unzureichend ist.

Was heißt der Militarismus? Wer weiß es im unbesetzten Deutschland? Im atemberaubenden Gebiet befinden sich zur Zeit des angeblich militärischen Deutschlands 28 Garnisonen, heute 228 Garnisonen. Die Kosten für Besetzung von Kontrollratsstationen betragen in den vier Jahren seit dem Friedensvertrag von Versailles 4,6 Milliarden Goldmark. Die Kosten für Meer und Marine in den vier Jahren Friedensjahre vor dem Krieg betragen in dem angeblich militärischen Deutschland 3,7 Milliarden Goldmark.

Wettin, 20. April. Der Geschäftsrundschauansatz des Reichstags beschäftigt sich mit der Frage, ob durch die Maßnahmen des Reichspräsidenten gegen die deutschnationale Freiheitspartei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten dieser Partei verurteilt werden sei. Nach längerer Beratung wurde die Frage, ob die verfassungsmäßig gewählte Freiheit der Abgeordneten durch diese verfassungsmäßige Beschränkung für, gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei verneint.

Keine Exterritorialität amerikanischer Staatsschiffe.

Berlin, 20. April. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat heute durch die deutsche Botschaft dem Bundesratigen Amt mitteilen lassen, daß sie für ihre der Erneuerung des „United States Shipping Act“ unterstellten Staatsschiffe, soweit wie fremde Handelsverträge tätig sind, auf die Rechte der Exterritorialität verzichtet und sich der Gerichtsbarkeit des Landes in deren Hoheitsgebiet sich diese Schiffe befinden, unterwerfen. Es soll der nächste amerikanische Konsul jederzeit ermächtigt sein, gegen Schiffsbesitzung die Freigabe eines Schiffes zu verlangen.

Kein Rheinlandgebot.

Paris, 20. April. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist der Gedanke der Schaffung eines besonderen Rheinlandgebots nunmehr endgültig fallen gelassen worden. Die offiziell wird dies damit begründet, daß die Schaffung eines solchen neuen Gebots unmöglich wäre für ein Land ohne Macht über dessen Gebiet.

England und die Ausweisung von Juden.

London, 20. April. Die Ausweisung von Juden wird nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ noch die Vorkonferenzentscheidung bedürftig. Das britische Foreign Office habe wiederholt den französischen Botschafter in Saint Pierre geantwortet, daß die Ausweisung von Juden nicht die Anerkennung des jüdischen Staates sei, und daß daher die Frage seiner Ausweisung und der Aufhebung seines Visas ebenfalls Sache dieser Regierung sei.

Wittas Schirmmarsch.

Genève, 20. April. Hier wurden vier große Kisten mit Wertgegenständen des montenegrinischen Hofes sowie ein Koffer mit Briefschaften vorgefunden, welche das politische Geheimnis des verstorbenen Königs Nikita darstellten. Diese Kisten wurden gleichzeitig der Flucht des montenegrinischen Hofes im Jahre 1916 vergraben.

Der Schandakt eines Maroffaners. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Vingen überfiel ein Maroffaner am 17. Regiments in Vingen eine in Heidesheim wohnende Frau, die mit ihrem vierzehnjährigen Sohn das Kammer- und vergewaltigte sie unter Erdrückungen. Auf die Klage des Gemeinwesens wurde der Täter festgenommen. Von der heftigen Regierung wurden die erforderlichen Schritte veranlaßt.

Frankzösische Antaresen. Auf der Bahnstrecke in Dorne fuhr ein französisches Ostauto, das einen Straßenbahnwagen auswich, auf den Bürgersteig. Eine Anzahl Personen, darunter mehrere Frauen und Kinder, wurden zu Boden geschleudert und zum Teil erheblich verletzt. Soweit bis jetzt festgestellt, mußten sieben Personen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Unfall wurde als Verbrechen der dabei beteiligten französischen Soldaten rief eine große Erregung unter der Bevölkerung hervor.

Gewaltige Meerströmungen in Ostpreußen. - Zahlreiche Flüchtlinge, die in Danzig eintrafen, berichten von Unruhen in Moskau. Es soll zu Ausschreitungen gegen Juden und Angehörige fremder Nationalitäten gekommen sein. Auch in Warschau sind schon kleine Unruhen ausgebrochen. Man befürchtet, daß es zum Kampf gegen die bolschewistische Regierung kommt. (Ein Schiffsverkehr wird durch den letzten drei Wochen nicht abgelaufen. Die Besatzung hat keinerlei denkwürdigen Mitteilungen erhalten.)

Der englische Plan zur Sicherung Europas. - Ueber den Eindruck der Rede Curzon in London schreibt der „Standard“ des „Echo de Paris“: Im wohlunterrichteten Kreise stellt man sich bezüglich der Sicherung Frankreichs in den letzten drei Monaten große Fortschritte gemacht habe und die politische Atmosphäre sich aufzulockern scheint. Wenn der Außenminister sich nicht weiter über den Garantiepakt ausgeprochen habe, den England nun anbietet, so liegt das daran, daß das englische Kabinett mit der Ratifizierung des Curzon-Plan zur Sicherung Europas beschäftigt ist.

Schwering verteidigt seine Politik. Aus dem Landtage.

— Berlin, 21. April 1923.

In der heute fortgesetzten Beratung des Haushalts des Innenministeriums kam als erster Redner Abg. v. Arnim (D. Vp.) zu Wort, der zunächst sich gegen die gestrige Rede des Abg. Schlange wandte, mit der der Staatsrat nicht gebilligt hat. Das Verbot der deutschnationalen Freizugsbewegung hat in der Bevölkerung große Unruhe erregt. Ein solches Verbot fördert die Geheimdienste. Mit diesem Verbot ist für die deutschnationalen Freizugsbewegung ein gewisser Restriktion geschaffen worden. Wir glauben, daß das Verbot ohne genügende Maßnahme nicht ausreichen kann. Eine Übergang zwischen der Politik des Reichs und Preußens darf es nicht geben. Der Minister scheint dabei auch nicht die erforderliche Fühlung mit den preussischen Staatsministern genommen zu haben. Wie vermissen die Politik in der Behandlung von radikalen und linksradikalen Parteien, mit denen wir kämpfen, daß mit gleicher Härte gegen rechts und links vorgegangen wird. Wir können es nicht billigen, daß die „Frankfurter Nachrichten“ verboten wurden wegen eines einzigen Artikels, den ich übrigens von der ersten bis zur letzten Zeile preisgegeben. Der Minister hat sich beliebt durch seine zu gelegentlich zur Sozialdemokratie hinüber zu gehen, die Gefahr von rechts einzufangen als die von links. Wir halten die radikalen Vorgehensweisen von rechts und links für gleichmäßig bedenklich. Der Grundgedanke der beiden Parteien, die für den Krieg maßgebend waren, muß in der Innenpolitik unangehörig zum Bürgerkrieg führen. Eine Republik würde sich in Deutschland kaum auf Jahre halten, wenn eine Regierung der Radikalen auch nicht länger.

Innenminister Schwering: Die Politik meines Ministeriums ist von dem Verbot geleitet, die Situation im Abwehrkampf an der Ruhr so günstig wie möglich zu gestalten. Ich kann erklären, daß in diesen Fragen volle Einigkeit zwischen der preussischen und der Reichsregierung besteht und über die Art der Führung des Kampfes. Wenn jede Ausführung der Reichsregierung gleichmäßig vor. Man kann aber nicht, um diese Partei sichtbar zu machen, gleichzeitig nach rechts und links schlagen, wenn die Gefahr auf der einen Seite sich vorübergehend als größer erweist. Wenn ich jetzt zu der Auffassung gelangte, daß die Gefahr von rechts vorübergehend größer ist, als die von links, so hat das nichts mit meiner parteipolitischen Auffassung zu tun. Ich muß

nach entscheiden der Annahme widerprechen, das mein Material aus danklichen Quellen stamme. Ich leugne nicht, daß

ein Selbstkilling noch notwendig

ist. Bei Ereignissen in Oberlofen würde die Bedrohung sich gegen die Reichswehr und der Polizei zu richten haben, aber dieser Selbstkilling darf nicht unabhängig von den Behörden sein, sonst wird er zur Keimzelle schwerer Gefahren. Ich habe keineswegs die Kommunisten als politische Feinde und als harmlos abgetan, sondern meine Ausprägung von politischen Feinden bezog sich auf ganz bestimmte Maßnahmen, die ich nicht als solche betrachte. Bei den Ereignissen in Mitteldeutschland sind die Sozialisten auch nicht die Kommunisten und Sozialisten, sondern die französischen Militärs und Poinecaré. Wenn es in Mitteldeutschland um die Rückführung der Reichswehr geht, so muß das der Verantwortlichkeit der Reichswehr zu danken. Die Bildung proletarischer Hunderttausender darf unter keinen Umständen gestattet werden. Ich sehe meine vornehmste Aufgabe darin,

die Staatsautorität zu rehabilitieren.

Ich soll die parole haben: Der Feind steht rechts! Dabei habe ich 1919, 1920 und 1921 mit gleicher Energie den Kampf gegen links geführt. (Zuruf der Kommunisten: Er ist noch links, das ist der Feind, das entsetzliche ist aber, noch in ihnen die Führung hat. Das sind in erster Linie politische Abenteuer, Hochverrat und Spionage. Die Grenze zwischen den sogenannten legalen und den illegalen Selbstkillingorganisationen ist besonders in Oberlofen schwer zu ziehen. In der

Reichswehrorganisationen

sind Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, des Schutz- und Trugbundes, des Verbandes nationalgeringer Soldaten und weiterer verbotener Organisationen. Man weiß nicht vor, ich hätte die Auflösung verfügt, ohne mich vorher mit dem Staatsministerium zu verständigen. Eine Verbindung mit dem Ministerpräsidenten hat nicht existiert, da er an dem betreffenden Tage im Reichstag war. In den Kampforganisationen der Reichswehrorganisationen ist die Polizei, bis zum 31. Mai loszulassen.

Zu einer von Reichstag nach Wannsee einberufenen Veranstaltung sind zwei Reichswehrkommandeure eingeladen worden. Es sollte über die Haltung der Reichswehr im Falle der Verhängung der Reichswehrorganisationen gesprochen werden. (Zuruf: Herr Reichswehrkommandeur hat erklärt, daß bis zum 31. März ein Schlag gegen links ausgesetzt werden sollte.) Einige Tage später hatte Oberleutnant Müller geäußert, daß mindestens Anfang April große Auseinandersetzungen zwischen links und rechts kämen. Das Staatsministerium verbietet mir Einzelheiten bekannt zu geben. (Zuruf: Ja rechts.) Gerade mit Rücksicht auf das Nahrungsteil müßten wir energisch zugehen. An meiner

Personalpolitik

habe auch ich allerlei auszuführen. Wer mit dem Präsidialrecht der Strafe und der Zustimmung des Kabinetts rechnen muß, der kennt die Schwere der Sache. Es gibt fähige und unfähige Beamte aus allen den besten Kreisen. Bei der Auswahl neuer Beamten achte ich darauf, daß sie auch in der harten Schule des Lebens etwas gelernt haben. Unter dem alten Regime wurden ja Sozialisten nicht für den kleinsten Beamtenposten zugelassen, auch Zentrumshänder und Demokraten kaum. Da ist es kein Wunder, daß jetzt der Ausgleich geschaffen werden muß. Als hierauf Abg. v. Arnim (Komm.) das Wort nimmt, berichtet die meisten Abgeordneten den Saal. Er geht auf die Vorgänge in Mitteldeutschland ein, nimmt die Arbeitslosen-Demonstrationen in Schutz und macht den Ministerpräsidenten, die Schulpolitik und die bürgerlichen Kreise Wilmshaus für die Vorgänge verantwortlich.

Abg. v. Arnim (D. Vp.): Die gestrige Rede des Abg. Schlange ist nicht geeignet, die notwendigen Einseitigkeiten zu fördern. (Zuruf: Zustimmung links und in der Mitte.) Der Abwehrkampf wird erschwert und gefährdet durch die nationalsozialistischen Selbstkillingorganisationen. Ihre Auflösung ist unbedingt notwendig. Das muß aber auch für die proletarischen Hunderttausender aller Parteien gelten. Der Schutz muß vom Staat selbst gewährleistet werden. Der einzige Fall, in dem eine Selbstkillingorganisation gebildet ist, ist die Bedrohung unserer brennenden Grenzen durch Banden, eine Gefahr, die bei der Deutschnationalen des polnischen Ministerpräsidenten nicht von der Hand zu weisen ist.

Angewiesen ist ein deutschnationaler Ministeramtsrat eingegangen. Am 4. Uhr verläßt das Haus die Reichsversammlung am Sonntag 12 Uhr.

Bur Lage.

Sens über Währungs- und Verhandlungsbereitschaft. Kopenhaagen, 22. April. In der „Nationaltidning“ veröffentlicht die bekannte Schriftstellerin Karin M. Gæstis eine Unterredung, die sie am 19. April mit dem Reichsforscher Dr. Cuno über verschiedene Fragen hatte, die sie dem Kanzler vorlegte. Auf die Frage, wie lange die Reichsregierung in der Lage sein werde, den Krieg zu halten, antwortete Dr. Cuno, daß diese Frage nicht beantwortet werden könnte, da es räumlich von der Bewegung der Mark abhängt, wie weit überhaupt ein Eingriff notwendig sei, um den Kurs zu halten. „Es gab ganze Wochen, in denen wir nicht eingreifen konnten, auch nur einen Finger zu rühren, um den Dollar auf 20 000 zu halten. Ich glaube, daß der jetzige Kurs sehr lange gehalten werden kann. Das ist von allergrößter Wichtigkeit.“

Ueber die in den ausländischen Blättern angelegten Meldungen, daß hinter den Russen dauernde Verhandlungsbereitschaft zwischen französischen und deutschen Anhängern in Frankreich, äußerte Dr. Cuno, daß etwas Wahres daran sei, da infolge alter wirtschaftlicher Gelege, die sich nicht nach nationalen Grenzen richten, ein gewisser Zusammenhang zwischen der Industrie besteht. Unter den deutschen Vorkämpfern für die Parität stehen ja auch ein Mitglied gewesen, der die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen der deutschen und der französischen Industrie dachte. Dieser Schlag sei in vollem Umfange mit England erfolgt.

Auf die Frage, wie sich der Reichsforscher zu einer internationalen Finanzkontrolle stelle, antwortete Dr. Cuno, er halte eine Finanzkontrolle, die über das hinausgehe, was wir bisher schon haben, nicht für möglich. Deutschland könne nicht das Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Er sei aber vollkommen damit einverstanden, daß eine Kommission von Finanzmännern gewählt wird, deren Aufgabe es wäre, festzustellen, was Deutschland zu zahlen vermöge. Diese Kommission dürfe aber niemals Deutschland die Ausgaben kontrollieren. Ihm sei vor einer internationalen Untersuchung nicht bange.

Auf die letzte Frage, unter welcher Voraussetzung er verhandlungsbereit wäre, antwortete Dr. Cuno: Das ist schwer zu sagen: Wir wollen alles, wozu wir fähig sind, was uns wirklich möglich ist und wir wollen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen, um die Reparationsforderungen zu erfüllen. Soweit jetzt noch, werden wir nicht später unterliegen als irgend etwas, von dem ich nicht genau weiß, daß wir es durchzuführen können.

Die Wirkung der Rede Curzons in Frankreich. Paris, 23. April. Die Deutschnationalen Lord Curzon scheint die klare Stimmung in Frankreich zu haben. Man sieht sich der Hoffnung hin, daß nach den Währungs- und Reparationsforderungen Deutschland die Reparationsforderungen hervortreibe.

Der Pariser Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet, daß der deutsche Vorkämpfer in London in bezug auf die Wirkung dieser Rede auf Grund der Vermögensfrage Lord Curzon bestimmte Forderungen gemacht habe. Ob man freilich bereit sei, diese Forderungen zu erfüllen, bleibt abzuwarten. Aber es macht sich die Angst geltend, daß man Deutschland den Unmut über England einflößen lassen könnte, wenn es bereit wäre, mit Reparationsforderungen hervortreten. Die französische Presse ist sehr kritisch über die Vermutungen anzuwenden, worin die Reparationsforderungen liegen. Die Summe von 40 Milliarden ist sehr hoch. Die Unterbringung dieser Forderungen in der Vorbereitung der Reparationsforderungen wird für unmöglich erklärt, doch würde Frankreich, dem „New York Herald“ zufolge, eine große Anzahl der Reparationsforderungen, um deren Automatisierung wird weiterhin gesprochen. „New York Herald“ meint, es könne ein Schutzvertrag mit England abgeschlossen werden, worin sich beschränken solle, zugunsten Frankreichs nicht nur im Westen, sondern auch im Osten, falls Polen und die Festung von Deutschland angetriffen werden, im Kriegsfall einzugreifen.

Die französische Fregatte über Essen geht! Essen, 22. April. Die Franzosen haben um 11 Uhr vorläufig am dem Gebäude des Rathenparks in Essen, ver-

„Du, mein Glück, mein Leben, mein Alles!“ Dann nach einigen Minuten immer Seltsames sagte er hinzu:

„In dieser feierlichen Stunde gelobe ich es Gott und Heilig, daß mein ganzes Streben darauf gerichtet sein wird, dir die vornehmste Großtat zu lohnen, die du um der Liebe willen über Schuld und Unrecht hinwegsetzt. Ein ganzes langes Menschenleben vermag ja kaum dazu hinreichend, um dir das Glück zu vergelten, das du mir gewährt. Nun laß mich über die Mutter gehen; die Güte, die Güte, die Güte, die in der ererbten Spannung dessen darren, was wir in dieser ersten Stunde beschließen. Auf solche Lösung ist sie nicht gefaßt gewesen und sie wird kaum vermögen, das Glück zu glauben, das ihren Jungen zuteil geworden.“

Arm in Arm traten die beiden jungen Leute in den Garten hinaus, der hier langgestreckt vor dem Haus hingab, das der Mutter und Sohn benutzten seit sie der stürzenden Heimat den Rücken gewandt und Frau Ebbard einen Streich unter der Bergangeheit gemacht, um für sich und ihren Sohn, den sie von aller Schuld und allem Leid hatte loslösen wollen, das über sie herabgebrachen, ein neues Dasein zu beginnen.

Frau Ebbard trat neben einem blühenden Apfelbaum, die Sonne blendete sie mit mildem Glanz über vornehm, edles Gesicht, über das sich ein Ausdruck der Bestürzung lag, als sie gewahrte, daß das junge Paar Arm in Arm mit glückseliger Handlung auf sie zugestritten kam.

(Fortsetzung folgt.)

Rismet.

Roman von Max von Weitzenböck

(Nachdruck verboten)

„Und müssen wir uns mit dem abquiden, was ein Gesehen, was uns fremd war und fremd bleiben wird, weil es nichts gemein hat mit unserem Denken und Fühlen? Sie sprechen von einer Schuld, mit welcher Ihr Vater sein Bewußtsein belastet, aber Sie vergessen, daß von der Stunde an, in der er diese Geschichte so tiefgründig nicht mehr befaßt. Lassen wir ihn danken Schatz der Erde das ruhen, was abgetan und vergessen, und kümmern wir uns nur um jenes was wir gelitten, die Wölkchen, das Schicksal, nennen wir es, wie wir es wollen, in unter Derg gelegt; als Sie mit mir in der Stunde, da Sie mich für Sie keine, ungeschöne, weidmännische Emma Dort gehalten, Ihre große, heiße Liebe offenbarten, da haben Sie den Keim eines Glüdes in meine verflümmerte Seele gelegt, der sich nicht mit einem Schläge töten oder entzweien läßt.“

Sie haben mir, der tief unglücklichen, verflümmerten Frau, den Glauben an die Menschheit, an das Gute, das Beste, wiedergegeben. Denn dieser Glaube über mich durch häßliche Herbitzer, die ich gesandt, auf das vollstänbige abhanden gekommen. Daß dieser Glaube wieder in mir ermdet ist und so übige Güte trieb, daß er mich sogar befaßte, Ihre Reue zu erwidern und, wie ich sagte, Ihre dies mir allzu deutlich zu offenbaren, das bestraft ich als ein solches Geseh, was möglich als ein solches

„Es ist mir ganz und gar nicht für berechtigt habe, gegen dieses mein Empfinden so energig zu Rede zu gehen wie Sie. Dies allem Aufseine nach von mir erwartet. Was gewesen, lassen wir begraben sein und leben wir nur einer Zukunft, die ...“ Sie hielt plötzlich inne, eine zarte Rote Fleck in ihre Wangen und leise sagte sie nach sehnenlangen Bögern hinzu: „Sie, wenn Sie es noch wollen und wünschen, wenn Sie noch denken wie früher, eine gemeinsame Zeit kann.“

In schlussloser Erschütterung hatte er ihren Worten.

„Es ist möglich, ist es denkbar? Kann ich Sie verstehen, kann es sein, daß Sie sich nicht mit mir, mit Bekardung von mir wenden, daß Sie an meine reine Liebe glauben, obwohl ich der Sohn desjenigen bin, der so schwere Schuld auf sich geladen?“

„Der ich aber vornehm gefühlt, und dem ich noch Leben geschenkt, der den Glauben an die Liebe, das Beste, welches Glück Sie heiligste der Empfindungen in sich birge, in mein Herz gepflanzt hat. Lassen wir also ruhen, was gewesen, und freuen wir uns dessen, was ist. Glaubt du?“ sagte sie mit einem verlegenen und süßem Lächeln hinzu, „wahrlich ja, daß ich deiner Mutter eine willkommene Tochter sein werde.“

Frau Ebbard war zu erschüttert, und so sehr in innerer Seele erregt, um Worte auf diese Frage finden zu können. Dem höchsten Glückseligkeit hingeworfen, schloß er sie in seine Arme und küßte sie.

Vollleben und Wirtschaft.

Der Kampf gegen den Fuder. Auf Anordnung des Reichs- und Staatskommissars für generelle Fragen fand am 18. April bei der Wasserabwiesstelle für Weizenland und Weizen eine Versammlung von Vertretern des Groß- und Einzelhandels des Reichs statt, deren Ergebnis etwa wie folgt festgelegt wurde: Bei der Kräftigung der Frage, ob ein Gewinn übermäßig ist, fällt es der Kaufmannschaft im Augenblick für seine selbstübernehmliche Pflicht, auch seinerseits den verbindlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen und in weitestgehendem Maße Opfer zu bringen. Er wird daher auf dem schon beschriebenen Wege fortgehen und seine Mitglieder anhalten, nach diesen Grundsätzen zu handeln, insbesondere darauf hinzuwirken, daß die branden-üblichen Handelsaufschläge auch nennenswert als möglich heruntergedrückt werden. Die Handelsverbindungen werden jede ihnen bekannt werdende Preissteigerung, insbesondere auch solche der Warenverleger unabweislich zur Kenntnis der Sachverständigen bringen. Es werden ferner darauf hingewirkt, daß alle die nicht als genügend sachkundig anzusehen sind, oder aus anderen Gründen in Bezug auf ihre Geschäftsführung als unzuverlässig gelten müssen, aus dem Handel entfernt werden.

Gerrichtliches.

Der Staatsgerichtshof beurteilt. Vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde der Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter der Zeitschrift „Der Aufrechter“, des Jagdorgans des aufgelösten „Bundes der Aufrechten“, Ernst Weiser, wegen Verleumdung von Mitgliedern der Reichsregierung zu 50 000 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung wurde in einem Artikel erlitten, in dem die Regierung indirekt als demokratisch-sozialistische Judenherde, Pfaffenbescher und elchastrierte Parasiten gekennzeichnet wurde. Den beschriebenen Regierungsmittellern wurde außerdem die Publikationsbeugnis im „Aufrechter“ zugesprochen.

Das dem „Berein der nassen Sperlinge“. Vor der Strafkammer in Halle hatten sich die Mitglieder des Vergnügungsclubs „Berein der nassen Sperlinge“ zu verantworten, weil sie die Güteverbesserungs-Gesellschaft durch Schwindeln um den Betrag von 6 Millionen geschädigt hatten. Den jungen Leuten, die den Cavalier spielen wollten, hatten zwei Verkäufer vorgebetet, sie könnten sich viel Geld machen, wenn sie der Gesellschaft ein paar Felle verkaufen und auf der Kassenanweisung die Zahl der Warenstücke fälschten. Das taten sie denn auch, indem sie aus 20 Fellenstellen durch Versehen einer 3 - 320 Felle machten und durch zahlreiche Verträge 6 Millionen für ihre Felle einbrachten. Die Sache kam heraus, und das Gericht erkannte für die beiden Verkäufer auf 2 Jahre Gefängnis, für die „nassen Sperlinge“ auf 8-18 Monate Gefängnis.

Ein Gefolge Tessa. General Depones hat durch den Latian mitteilen lassen, daß er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. General Depones hat durch den Latian mitteilen lassen, daß er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. General Depones hat durch den Latian mitteilen lassen, daß er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Anfängerfahrt nach München. Ende dieses Monats kommen Sängerfreunde aus dem Ruhrgebiet nach München, um durch die Nacht des Viebes für ihre engere Heimat und für die Einheitsfront zu werben. Die Münchener Sängerbund trifft bereits große Empfangsvorbereitungen.

So das Handelsregister Abteilung A ist heute bei der unter Nr. 58 eingetragenen Kommanditgesellschaft Prütius u. Komp. in Teuchern eingetragen worden. Die offene Handelsgesellschaft in Firma Kocherholzer u. Co. wurde mit 1. April 1923 in die Gesellschaft eingetraget.

Teuchern, den 12. April 1923. Amtsgericht.

In das Handelsregister Abteilung A ist heute bei der unter Nr. 58 eingetragenen Kommanditgesellschaft Prütius u. Komp. in Teuchern eingetragen worden. Die offene Handelsgesellschaft in Firma Kocherholzer u. Co. wurde mit 1. April 1923 in die Gesellschaft eingetraget.

Teuchern, den 12. April 1923. Amtsgericht.

Gewerbekbank Teuchern

a. G. m. b. H.

Ordentliche Generalversammlung

am Mittwoch, den 25. April 1923 abends 8 Uhr in Borthold's Restaurant.

Tagesordnung bekannt.



Kukirool
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerzlos und gefahrlos. In vielen Millionen Fällen wirksam bewährt. In Apoth. u. Droge- u. Reise-Handlungen. Preis pro Packung 20 Pfennig.

Drogerie Curt Eitze, Oberstr. 5.

Hackmaschinen

bis 3 Meter breit
sofort zu günstigen Preisen ab Lager.

Gr. Lager sämtl. Maschinen u. Geräte.
Reparaturen aller Art.

Hilbrandt u. Jockisch, Zeitz.

Grammophone, Schallplatten, sämtliche Ersatzteile.
- Reparaturen sofort und billigst. -

Dinke & Herrmann, Weiskensels a. S. Große Burgstraße 1. Zeitz.

Größtes Fachabteilungs- und Reparaturwerkstatt am Platz. Tel. 528.

Freundl. Schlafstelle od. möbl. **Zimmer** sofort zu vermieten. Bitt kann gef. Mt. werden. Angeb. unt. R. T. an die Geschäftsst. erb.

Junger Herr sucht sofort möbl. Zimmer. Offerten unt. B 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

1 Hund zugekauft. Abzugeben. Zeigerstr. 12.

Metallbetten Stahlmatratzen, Rinderbetten bis an Firm. Kat. 99 E. frei. Eisenmöbelabrik Suhl (Thür).

Fähre wieder am Lager: Schreibstoffe alle Art. Rechenblock, Schiefertafeln, Buchstifte, Farbstifte, ein. Schulaßen, Bleistifte alle Art., Linen alle Farben auch lose, Tuschen, Briefe f. Schule, Federhalter, Umstiftedehalter, usw.

Rudolf Lieferenz, Schreibwarenhandl.

Unterhaltene **Schubkarren** zu verkaufen. Zeigerstr. 33 b

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung. Nur 2 Tage.
Mittwoch, den 25. und Donnerstag, den 26. April.

Ein großes Doppelprogramm.

Die Hoffnung auf Segen

Ein 5 Akte Drama in 5 Akten.

Mit musikalischer Ausstattung. Mit musikalischer Ausstattung. Mit musikalischer Ausstattung.

Robinson Crusoe

Eddi Polo in 5 Akten. - Abenteuer

Kampf gegen Uebermacht.

Verpflichtung 6 und 8.30.

Vereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Zu uns am Sonntag, d. 29. April im „Hotel zum Löwen“ stattfindend.

Frühjahrsvergnügen

verbunden mit Theater und Ball, erlauben wir uns, eine gebrachte Einmüdigkeit von Leuten und Umzug ergehen zu erlauben. Gute D. H. Musik.

Kassensammlung 6 Uhr. Beginn des Theaters pünktlich 7 Uhr.

Der Wirt

Für die

landwirtschl. Buchführung

Liefere alle Arten Bücher von Dr. B. Schmidt, L. Lans, Dr. M. Seifert und Fricke.

R. Lieferenz, Papierhandlung.



Ata

bestes Putz- u. Scheuermittel

Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CO. DÜSSELDORF.

Zum Viehmarkt

von früh an

ff. Speckfuchen

Feiner große Auswahl in Sorten u. Gebäck. Ewald Wunderlich, Zeitzbadstr.

Ein ganz erhaltenes **Sherren-Rad** (mit Freilauf), wenig gefahren. Si preiswert zu verkaufen. Wo liegt die Geschäftsst. d. Bl.

3 Biegenlämme

4 Wochen alt, zu verkaufen. Zeigerstr. 12.

Biete an verschiedene Artikel für Büro und Geschäft:

Stragen, Kaffabücher, Hauptbücher, Schreibblöcke, Notizblöcke, Notizbücher, far. u. lin. Geschäftspapier, Kanzleipapier, Postkarten, Zahlkarten, Prima-Wechsel, Ordner, Schnellhefter, Register zu Ordern, Locher, Bürolämpchen, Heizkörper usw.

Rudolf Lieferenz.

Kreisarbeitsnachweis

Teuchern.

Künftige Mitgliedschaft für alle offene Stellen.
Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂ - 1 Uhr.

Gestiftet werden:
Oftermehden, Mäde, verschiedene Alters, 2 Rente, 2 Alters alleinlebende Mäde in die Landwirtschaft, 2 Stube- und Köche nach Bad Köche.

Stellen suchen:
Hausmädchen, Schlosser, Schmiede, Tischler, Klempner, Zimmerleute, Maurer, 1 Stützerhilfe.

Hochzeits-einladungen, Traueranzeigen

vorgedruckt zu haben bei R. Lieferenz.

Kopfläuse

beseitigt radikal

„Earsurement“ Reinigt und errichtet vorzüglich die Kopfhaut. Entfernt die lästigen Schuppen. Zu haben bei Curt Eitze, Drogerie.

Ratten! Mäuse!

tötet unfehlbar „Ackerlon“.

Zu haben bei Curt Eitze Drogerie.

Die VERLOBUNG unserer Kinder

Erna und Kurt Kurt Spindler

Verlobte.

Teuchern, 22. 4. 1923. Oberwarschen. August Fricke und Frau. Hermann Schmidt und Frau.

Nachruf!

Durch den Tod wurde uns Kollege

Rudolf Geissler

Oberwarschen, (672092) genommen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Ortsgruppe Teuchern.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme unseren tiefgefühlten Dank.

Unterwarschen, den 20. April 1923.

Familie Robert Krausse sen. Familie Otto Kerger.

Wöchentliches Anzeiger

für Deutscher und Ausgehender

Abgabepreis: Die Jahrgangskarte kostet 100.— M., Restausgabe 200.— M.

Abgabepreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10, bis spätestens 9 Uhr des Tages und sonstige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Hand sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1170.00 RM, von anderen Orten bei Bedarf 1200.00 RM Einzelnummer 120.00 RM

Wiederholungs- und monatliche Bezüge werden nur bei der Geschäftsstelle, Leipzigerstr. 10, nach von unserer Seite nach allen Richtungen angenommen.

Amliches Verhandlungsorgan für die Stadt Deutscher.

№ 47

Dienstag, den 24. April 1923

62. Jahrgang

Was gibt es Neues?

- Im Ausschuss der Bundtage hielt Minister Schwabing eine längere Rede zur Verteidigung seiner Politik.
- Der Reichstag dürfte wieder einmal wegen des Haushaltsjahres verortet werden.
- Auf dem Bahnhofsplatz ist eine Eisenbahnbrücke von unbekannter Seite gesprengt worden.
- Gegenüber der Rede Lord Curzons im Oberhaus, worin er die deutsche Regierung zu einem Angebot aufarbeitete, wird von den deutschen amtlichen Stellen Zurückhaltung beobachtet.
- Unterstaatssekretär Mac Neill erklärte im Unterhaus, England werde auf der neuen Panamerikaner Konferenz nicht bereuhen sein, da die Darlehenanfrage nicht zur Behandlung komme.
- Das englische Unterhaus hat einen Vorschlag auf Verbot des Alkohols in England mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt.
- Der Dollar notierte in Berlin 16.000.

Die Markstabilisierung

Der in Deutschland blühende Ackerbau hat dem Lebensmittelmarkt hat sein Gegenstück in dem nicht unbeschränkten Ertragsüberschuss beim Getreideertrag. Was die Befähigung der Bevölkerung in den letzten Jahren angeht, erleidet sie, zeigt, daß der Hunger nach Geld sich immer zu bündeln ist und daß er in Zukunft mit den wirtschaftlichen und politischen Reichsinteressen gehen kann. Es ist nicht ohne ein von der Reichsregierung veranlaßtes kleines „Bürgergesetz“ abzugeben, um die geldgierigen Kräfte von der unbefugten Beuteplünderung zu vertreiben.

Jede Spekulation, welche den Dollar weiter in die Höhe jagen und damit die Reichsmark von neuem entwertet wird, schädigt die Allgemeinheit. Und dies ist die Grenze, wo die lokale Geldschäftsbetätigung ein Ende nimmt. Wer Millionen einheimen will, die



diese Kämpfe bleiben doch immer Nebenabsichtlichkeiten, die den Kern der Sache nicht treffen. Die dauernde Stabilisierung der deutschen Markta ist abhängig von der Beschränkung der Rekrutationsläufe auf ein erträgliches Maß, von der Wiederherstellung unseres Handels und der Aufnahme einer genügend großen internationalen Goldanleihe. Das ist längst bekannt, und wir haben unser Augenmerk darauf zu richten, daß die Erreichung dieses Zieles nicht durch Querstreifen gestört wird.

Änderung der englischen Aufrüstpolitik?

Curzon fordert deutsche Vorschläge. Lord Curzon hat am Freitag im Oberhaus seine mit Spannung erwartete große politische Rede gehalten. Sie brachte in ihrem ersten Teil nicht viel Neues: Eine ausführliche Darstellung der bisherigen Entwicklung der Verhandlungsphase und der Aufhebung sowie eine Verteidigung der bisherigen englischen Po-

litik der Nichtbeteiligung in den Aufrüstzeit. Er stellte fest, daß die Launen der englischen Voraussage recht gegeben haben, daß die wirtschaftlichen Erfolge der französischen Aufrüstpolitik nicht die aufgewandten Anstrengungen und Ausgaben lohnen würden. „Inzuffizienz sind,“ — so fuhr Curzon fort — „von beiden Seiten verschiedene Erklärungen gefolgt. Nach den Erklärungen der französischen Minister scheint Frankreich eine Haltung unbegrenzter Aufrüstpolitik wahrzunehmen zu wollen; Deutschland dagegen hat unabweislich einen wirksamen Widerstand geleistet.“

Er, sowohl seine Gegner als seine Freunde sehr überrascht hat. Die Diskussion hat nichts Bedeutsameres die beabsichtigten Folgen angenommen, die man von verschiedenen Seiten beabsichtigt. Deutschland habe den hartnäckigen Willen gezeigt, Verluste und Verabungen zu erdulden. Die Lage ist ohne Zweifel für Deutschland sehr bedenklich geworden. In seinen Rohmaterialienbeständen sind erhebliche Mengen, die Kosten der Produktion erhöhen sich zusehends, und es hat keine Gelegenheit zu ausreichendem Export. Die Schwankungen am Devisenmarkt und die Unsicherheit der deutschen Mark sind allein schon vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet ein Punkt, der mit den schwerwiegendsten Schwierigkeiten verknüpft ist. Curzon wies dann auf die letzten Reichstagsdebatten hin, die bewiesen hätten, daß die Regierung sich auf alle Parteien stütze, und daß der allgemeine Wille bestünde, den passiven Widerstand an der Ruhr fortzusetzen.

Gegen eine Intervention des Völkerverbundes.

Der von gewisser Seite gemachte Vorschlag, der Völkerverbund möge intervenieren, muß mit der äußersten Beforgnis betrachtet werden. Das Völkerverbundproblem ist verfassungsmäßig an bestimmte Mächte gebunden: seine Lösung dem Völkerverbund anheimzugeben, heißt diesen mit einer Aufgabe beauftragen, der er nicht gewachsen ist. Er konnte Amerika wie Deutschland dem Völkerverbund nicht angehören, können sich die kompliziertesten Verhandlungen ergeben, die sogar zum Ende des Völkerverbundes führen könnten. Ebenso fertigte Curzon die Vorschläge der englischen Arbeiter-Studien-Kommission ab.

Was deren Vorschlag fordere, nämlich, mit beiden Seiten in Fühlung zu bleiben, um bei jeder neuen Entwicklung der der Hand sein zu können, — das alles habe die englische Regierung ja bis heute bereits getan. Aber er habe von französischer Seite keine anderen Erklärungen erhalten, als die, die in den Reden Poincaré's und anderen französischen Staatsmännern enthalten seien.

Deutschland gegenüber jedoch könne er sich nicht des Scheitlers erwehren, daß es einen bedeutenden Schritt aus der Situation darstellte würde, wenn es ein Angebot mit Versicherung seines Zahlungswillens mache, seine Zustimmung zu einer Regelung seiner Verpflichtungen durch dazu eigens beauftragte Autoritäten abgebe und bestimmte Garantienangebote für seine weiteren Zahlungen mache. Frankreich habe auch als einmal seine Bereitschaft bekannt gegeben, ein derartiges Arrangement anzugehen. Wir müssen früher oder später dazu kommen, und es früher desto besser! Das ist der Rat, den ich der deutschen Regierung gegeben habe.

Curzon schloß mit der Bemerkung, wenn auch England noch auf seinen Zahlungswillensplan vom Januar beharre, doch nicht damit gesagt sei, daß es die Diskussion nicht noch einmal von vorn aufnehmen wolle. Er hoffe, daß eine Lösung nahe bevorstehe, und glaube nicht, daß die Tür bereits ganz geschlossen sei.

Die von Curzon erprobene Forderung eines deutschen Verhandlungsangebots kann nach den Kommentaren der englischen Presse zu der Wertenberg-Rede nicht mehr übersehen. Man hätte schon daraus erfahren, daß England ein bestimmtes Angebot — und zwar in Höhe von 40 Milliarden Goldmark — von der deutschen Regierung erwartet hatte, und daß der englische Völkerverbund über den eine dahingehende Vereinbarung herbeiführen sollte. Lord Curzon hat jetzt förmlich diesen englischen Wunsch amtlich von der Rednertribüne des Oberhauses ausgesprochen, allerdings ohne eine bestimmte Zahl zu nennen. Er ist damit aus der bisherigen Zurückhaltung herausgetreten, und hat damit zu erkennen gegeben, daß die bisherige englische Politik trotz der Verteidigung, die Lord Curzon ihr an erster Stelle seiner Rede widmete, doch nicht so ganz berechtigt war, aber daß England jetzt den phylogenetischen Moment gekommen glaubt, wo England als Mächtigere auftreten kann. Ob als „chillender“, mag dahingehelt bleiben. England ist mit Frankreich doch noch zu eng verbunden, als daß man von ihm eine wirkliche Unparteilichkeit erwarten sollte. Es scheint seine Aufgabe vielmehr lediglich darin zu liegen, Deutschland zu überreden, sich doch unter das caudinale Gock Frankreich zu beugen; in dem es sich ohne jede positive Gegenleistung Frankreich, zu neuen unmöglichen Leistungen verpflichtet.

Deutsches Reich.

den 23. April 1923

Die schärfsten „Kontrollausschüsse“ und Grenzverhältnisse haben sich bereits in einer Reihe von Fällen Exekutivrechte angemahnt und schwere Auswirkungen begangen. Deshalb veröffentlicht jetzt die Regierung eine amtliche Mitteilung, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die Kantonsverordnungen angeordnet sind, und daß die Kantonsverordnungen angeordnet sind, gegen Auswirkungen, Nebenleistungen und angemahnte Exekutivrechte der Kontrollausschüsse, Selbstschutzorganisationen usw. mit aller Energie vorgegangen. In Sachsen handelt es sich hierbei lediglich um Maßnahmen gegen kommunistische Gewerkschaften.

Das Verbot der Deutschnationalen Partei durch die Regierungen von Preußen, Braunschweig und Thüringen beschaffte den Staatsgerichtshof. Entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers stünde erklärt es rechtlich nicht möglich sei, eine politische Partei ausschließlich um Parteizwecke zu verbieten. Jedoch könnten davon die parlamentarischen Rechte der einzelnen Abgeordneten nicht berührt werden. Nach mehrstündiger Verhandlung fällt der Staatsgerichtshof das Urteil: Das Verbot des Oberpräsidenten von Nieder-Sachsen vom 1. April 1922 sowie das Verbot des Polizeipräsidenten von Berlin vom 8. und 22. Dezember 1922 wird aufgehoben. Hinsichtlich der Verbote der Thüringischen und braunschweigischen Regierung muß den Regierungen in Braunschweig und Thüringen überlassen werden, bis zu einer neu anzueraumenden Verhandlung das Beweismaterial bekanntzugeben, da das bisherige unzureichend ist.

So steht der Militarismus? Wer weiß es im unbefestigten Deutschland? Am allerliebsten Gebiet befinden sich zur Zeit des angelegentlich militärischen Deutschland 28 Garnisonen, unter 228 Garnisonen. Die Kosten für Besetzung und Kontrollkommissionen betragen in den vier Jahren seit dem Friedensvertrag von Versailles 4,6 Milliarden Goldmark. Die Kosten für Meer und Marine in den vier letzten Friedensjahren vor dem Kriege betragen in dem angelegentlich militärischen Deutschland 3,7 Milliarden Goldmark.

Rechtsstaat und Reichspolitische.

Berlin, 20. April. Der Geschäftsordnungs-ausschuß des Reichstags beschäftigt sich mit der Frage, ob durch die Maßnahmen des Polizeipräsidenten gegen die Deutschnationale Freiheitspartei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten dieser Partei verurteilt worden sei. Nach längerer Beratung wurde die Frage, ob die verfassungsmäßig gewährte Freiheit der Abgeordneten durch diese polizeiliche Maßnahme beschränkt sei, gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei verneint.

Keine Exterritorialität amerikanischer Staatshandelschiffe.

Berlin, 20. April. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat heute durch die hiesige Botschaft dem Bundesrat den Antrag gestellt, daß sie für ihre unterstellten Staatschiffe, soweit wie ihrem Handelsverkehr tätig sind, auf die Rechte der Exterritorialität verzichtet und sich der Gerichtsbarkeit des Landes in deren Hoheitsgebiet sich diese Schiffe befinden, unterwerfen. Das soll der nächste amerikanische Konsul jederzeit ermächtigt sein, gegen Verletzung der Freigabe eines Schiffes zu verlangen.

Kein Rheinlandgeleit.

Paris, 20. April. Alle von zuständiger Stelle erklärt wird, daß der Gedanke der Schaffung eines besonderen Rheinlandgeleites nunmehr endgültig fallen gelassen worden. Offiziell wird dies damit begründet, daß die Schaffung eines solchen neuen Geleites unzulässig wäre für ein Land ohne Macht über dessen Budget.

England und die Ausweisung von Juden.

London, 20. April. Die Ausweisung von Juden wird nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ noch die polizeiliche Konferenz beschäftigen. Das britische Parlament habe in der letzten Sitzung dem britischen Konsul in Saint Antaire gegenüber dem britischen Konsul in London geäußert, daß die Einweisung von Juden in das Gebiet von der polizeilichen Konferenz anzuordnen werden sei, und daß daher die Frage seiner Einweisung und der Aufhebung seines Visas ebenfalls Sache dieser Konferenz sei.

Nikitas Gheorghidze.

Berlin, 20. April. Wie wurden vier große Aktien mit Wertgegenständen des montenegrinischen Hofes sowie ein Koffer mit Schriftstücken vorgefunden, welche das polizeiliche Geheimarchiv des verstorbenen Königs Nikola darstellen. Diese Kästen wurden gelegentlich der Flucht des montenegrinischen Hofes im Jahre 1916 vergraben.